

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 24.02.2021
Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 21:30 Uhr
Ort, Raum: Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am
Schelmenbusch, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Peter Kiesinger

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Klaus Steigerwald

Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Herr Andreas Hartmann

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt
Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Thomas Anderer

Sachverständige

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer e
Herr Joachim Karcher

CDU

Herr Nicki Konstandin

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Zustimmung zur Änderung des städtebaulichen Vertrages zwischen der Gemeinde Karlsbad und KiB für das Baugebiet "Schaftrieb" in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1054/2021**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über den (Teil-) Erlass der Elternbeiträge für Kindergärten und Schulkinderbetreuung. (Dezember 2020/Januar/Februar 2021)
Vorlage: 10/1062/2021**
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über die Benutzungsordnung und Entgelte Schulkinderbetreuung in Karlsbad für das Jahr 2021/22
Vorlage: 10/1064/2021**
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Grundstückseigentümers "Im Stöckmädle 18", Flst.Nr. 5775, Karlsbad-Ittersbach, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Vorlage: 60/1060/2021**
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe Ausstattung Feuerwehrgerätehaus Karlsbad Ittersbach (Zentrale Werkstätten Atemschutz/Schlauchwerkstatt)
Vorlage: 10/1063/2021**

- 8 **Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 4. Quartal 2020**
Vorlage: 20/1050/2021
- 9 **Genehmigung von Protokollen**
30.09.2020/I 21.10.2020/ 18.11.2020/16.12.2020
- 10 **Verschiedenes**
- 11 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 16.02.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium schlussfähig ist, weil 27 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 18.02.2021 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Der Vorsitzende gibt zu Beginn einen kurzen Überblick über das Thema Impfen. In ca. 2 Wochen sei mit einer Vollausslastung der Impfzentren zu rechnen – abhängig von den Impfstofflieferungen. In der Bevölkerung werde der Geduldsfaden dünner. Insgesamt funktioniere der Umgang mit dem Thema in Karlsbad recht gut, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten engagiert.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Zustand Douglasstraße

GR Reinhard Haas (SPD) sagt, dass von den Anwohnern der gemeindlichen Häuser in der Douglasstraße rumliegender Müll als Problem gesehen wird. Er will wissen, wie die Gemeinde da vorgeht, es sei ja ein Dauerproblem. Der Vorsitzende sagt, dass die Mitarbeiter der Gemeinde kontrollieren und auch vor Ort nachschauen und reagieren würden. Es gebe verschiedene Brennpunkte, und auch der genannte Bereich zähle dazu und ist nicht einfach zu bewerkstelligen. Beobachtungen sollten gemeldet werden, man reagiere dann auch in diesem Fall seitens der Gemeinde.

2.2 Freibadöffnung im Jahr 2021

GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) will wissen, ob es Pläne für die Öffnung des Freibades gibt. Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt antwortet, dass es momentan keine Öffnungsperspektive gebe. Man bereite sich auf eine solche vor – wieder mit einem Reservierungssystem. Allerdings stehe alles unter Vorbehalt einer entsprechenden Verordnung, die es ermögliche, die Freibäder zu öffnen.

2.3 Blitzanlage in Spielberg

GR Klaus Steigerwald (SPD) und GR Jürgen Dummler (CDU) monieren, dass die neue Blitzersäule in Spielberg an dem Standort die Sicht behindere und eine mögliche Unfallgefahr darstelle. Sinnvoller sei den Standort auf die Straßenseite gegenüber zu verlegen. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass der Standort mit dem Gemeinderat so beschlossen worden sei und es ja an dieser Stelle auch vom Vorgängermodell eine Stromversorgung gebe. Er sagt zu, dass die Verlegung auf die andere Seite geprüft wird, dann allerdings die alte Säule nicht mehr stehen bleiben könne.

2.4 Photovoltaikanlage Hammburg, Spielberg

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob es zur geplanten Photovoltaikanlage Hellinger einen neuen Stand gebe und ob diese projektiert sei. Das Thema komme – so der Vorsitzende – in die Beratungen. Der Ortschaftsrat sehe die Sache positiv. Aufgrund Corona sei das Verfahren verschoben worden.

2.5 Corona Teststrategie an Schulen

GR Michael Nowotny (SPD) fragt nach der Corona-Teststrategie für Lehrerinnen und Lehrer, Angestellte etc. in Karlsbad. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass es seitens des Landes eine Teststrategie unter Einbindung von Apotheken und Ärzten gebe, diese reiche allerdings kapazitätsmäßig in der Praxis nicht aus. In Karlsbad bräuchte man ca. 1000 Tests pro Woche. Man sei in Gespräch mit den Schulen und biete den Lehrer/innen Selbsttests an

– auch wenn diese noch nicht zugelassen seien. Auch für die Wahlhelfer solle es sogenannte Spucktests geben. In Kürze könne man Tests für den Heimgebrauch kaufen. Die Gemeinde werde eventuell ergänzend zur Landesstrategie ergänzend tätig und bei der Beschaffung von Tests vorfinanzieren.

2.6 Online-Sitzungen

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob Online-Gemeinderatssitzungen in Karlsbad angedacht seien. Der Vorsitzende sagt, dass man die Hardware habe, momentan die Ressourcen allerdings durch die Schulen und das Thema Homeoffice gebunden seien. HAL Kleiner verweist auf missglückte Beschlussfassungen, Übertragungen etc. in Online-Gemeinderatssitzungen in anderen Gemeinden. Man könne erst starten wenn das Thema rechtssicher geklärt sei und auch personell geschultert werden könne. Grundsätzlich müsse aber die Überrasung und Beteiligung der Öffentlichkeit sichergestellt sein - wenn dies nicht geklärt ist könne man keine rechtssicher Sitzung veranstalten.

2.7 Hinweisschilder in Mutschelbach und Auerbach

GR Michael Wenz (Freie Wähler) sagt, dass nach dem Rückzug der VR-Bank Enz plus in Auerbach und Mutschelbach geplant gewesen sei, Schilder aufzustellen um die Nutzerzahlen an den vorhandenen Geldautomaten zu erhöhen. Hier sei noch nichts erfolgt und die Bank würde wohl auch die Kosten übernehmen. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner antwortet, dass er vergessen habe, sich des Themas anzunehmen.

2.8 Anfrage/Bericht Multimediasystem Gemeinde Karlsbad

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich Multimediastrategie der Gemeinde. Das Thema sei vorbereitet und man werde es in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates vorstellen, so der Vorsitzende.

2.9 Zukünftige Baugebiete Karlsbad

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) regt an, unter Beteiligung von Fachreferenten das Thema Baugebiete der Zukunft vorzustellen. Der Vorsitzende sagt, dass er das Thema mitnehme, es allerdings wegen der Arbeitsbelastung der Verwaltung durch Corona zur Zeit nicht angegangen werden könne.

2.10 GR Unterstützung der Schulen in der Pandemie

Roland Rädle (CDU) sagt, dass zum besseren Bearbeiten des Themas und zur Unterstützung der Schulen Corona-Teststrategie eventuell sinnvoll wäre, ein zentrales Steuerungsgremium auf der Verwaltungsseite zu installieren. Es gehe auch darum, das Thema an die Bevölkerung zu kommunizieren. Der Vorsitzende und Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutern, dass man engen Kontakt zu den Schulen habe und Frau Frank sich auch um die Grundschulen kümmere. Man versuche, das Thema einheitlich für alle Schulen abzuarbeiten. Die Schulen seien alle auf einem einheitlichen Informationsstand. Der Vorsitzende sagt, dass die Öffentlichkeit zum Teil auch nur zu spät über das wöchentlich einmal erscheinende Mitteilungsblatt informiert werden könne. Er sagt zu, die Gemeinderäte per Mail zu informieren.

2.11 Anschlag- Aushangkästen

GR Roland Rädle (CDU) will wissen, ob es Planungen gebe, die Anschlagkästen weiter abzubauen. Dies sei, so der Vorsitzende, nicht vorgesehen. GRin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) informiert, dass die Anschlagtafel im Herrmann-Löns-Weg abgeflext und auch der

Ständer am Schulzentrum betroffen sei. Der Vorsitzende bittet darum, bei Beschädigungen oder ähnlichen Vorgängen die Verwaltung zu informieren.

**zu 3 Zustimmung zur Änderung des städtebaulichen Vertrages zwischen der Gemeinde Karlsbad und KiB für das Baugebiet "Schaftrieb" in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1054/2021**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein. Er sagt, dass das Neubaugebiet für die Gemeinde hohe Priorität habe. Danach hält Joachim Guthmann vom Bauamt Sachvortrag.

Der Gemeinderat habe im Januar 2020 dem Abschluss des städtebaulichen Vertrages zwischen der Gemeinde Karlsbad und der „Kommunalentwicklung und integrierte Baulanderschließung“ (KIB) in Pforzheim (Erschließungsträgerin) zugestimmt. In diesem Vertrag seien die Aufgaben der Erschließungsträgerin zur Betreuung des Verfahrens, die Modalitäten der Baulandumlegung, die Refinanzierung mit den Grundstückseigentümern sowie weitere, die Baulanderschließung „Schaftrieb“ betreffende Inhalte, geregelt. Mittlerweile seien, alle Eigentümer mit der für sie vorgesehenen Zuteilung der Grundstücken bzw. einer Entschädigung in Geld einverstanden. Der Umlegungsausschuss habe im Januar 2020 über den Zuteilungsentwurf diskutiert und diesem zugestimmt. Im Laufe des letzten Jahres habe sich ergeben, dass auch der Eigentümer eines an das Baugebiet angrenzenden Grundstückes Interesse an der Erschließung eines Grundstücksteils über die Erschließungsanlagen des Baugebiets „Schaftrieb“ bekundet hat. Dies sei technisch und gegen eine entsprechende Beteiligung an den Erschließungskosten möglich. Dadurch reduziere sich der Aufwand für die anderen Eigentümer im Gebiet. Vertraglich würde dies entsprechend berücksichtigt werden. Der überwiegende Teil des Neubaugebietes ist als allgemeines Wohngebiet deklariert. Im Randbereich wird es ein Mischgebiet geben. Aufgrund artenschutzrechtlicher Vorgaben seien, so Guthmann weiter, in den kommenden Monaten in diesem Gebiet lebende Eidechsen umzusiedeln. Bei günstigem Verlauf des Verfahrens könne bis Jahresende 2021 der Bebauungsplan stehen, danach die Umlegung erfolgen und sich die Erschließungsplanung anschließen. Wenn dies zeitlich so läuft, könnten im Frühjahr 2022 die Erschließungsarbeiten beginnen und 2023 dann die privaten Baumaßnahmen starten.

In der Diskussion zeigt sich GR Roland Rädle (CDU) erleichtert über den gelungenen Kraftakt, alle Eigentümer einen Hut gebracht zu haben. Auf Nachfrage von GR Günter Denninger (CDU) erläutert Guthmann, dass die Ausgleichsmaßnahmen im Ökokonto über bereits realisierte Maßnahmen verrechnet werden könnten. GR Jürgen Herrmann zeigt sich erfreut, dass man endlich am Ziel des vor über 20 Jahre gestarteten Vorhabens angelangt sei.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle der Änderung des städtebaulichen Vertrages zwischen der Gemeinde Karlsbad und der KiB für das Baugebiet „Schaftrieb“ in Karlsbad-Langensteinbach zustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über den (Teil-) Erlass der Elternbeiträge für Kindergärten und Schulkinderbetreuung (Dezember)

2020/Januar/Februar 2021)
Vorlage: 10/1062/2021

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.

Elternbeiträge Kindergarten/Kitas

Die Kinder, aber auch die Elternhäuser würden vor allem die Belastung durch die erneute Schließung der Kitas und Kindergärten vom 16. Dezember 2020 an tragen. Der erfolgte Einzug der Elternbeiträge im Januar müsse durch die neuen Öffnungspläne korrigiert werden. Es wäre, so Kleiner, ein entlastendes Signal in Richtung der Eltern, die Elternbeiträge für Januar sowie anteilig Dezember und Februar zurückzuerstatten. Durch den Einzug der Elternbeiträge durch die Träger in der Gemeinde Karlsbad würde die Gemeinde damit auf die Beiträge verzichten. Dies gelte allerdings nicht für Eltern, die die Notbetreuung in Anspruch genommen hätten. Ein besonders wichtiges Zeichen wäre dies auch für die Eltern, die die Notbetreuung nicht in Anspruch nehmen/genommen hätten, wenn sie diese nicht unbedingt benötigten. Durch diese Vorgehensweise hätten gerade diese Familien einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet. Ob das Land sich finanziell daran beteilige sei noch offen. Der Vorsitzende ergänzt, dass man den Eltern ein Entlastungssignal geben wolle und auf Übernahme der Kosten in Höhe von 80 Prozent hoffe. Allerdings könne man zukünftig nicht mehr davon ausgehen, dass sich das Land beteilige.

Gebühren Schulkindbetreuung

Die Schulkindbetreuung der Gemeinde Karlsbad sei, so Kleiner, ebenfalls von den Schließungen betroffen. Durch den Erlass/Rückerstattung der Gebühren für die Schulkindbetreuung, reduzierte Belegung und Nutzung durch Wechselunterricht etc. wurden im Jahr 2020 knapp 94 000 € weniger Erträge verzeichnet. Die Rückerstattung und der Erlass der Gebühren für die Schulkindbetreuung für die anteilige Gebühr Dezember vom 16. Dezember 2020 - 22. Februar 2021 belaufe sich auf rund 41.400 Euro.

In der Diskussion erhält der Vorschlag, die Eltern zu entlasten, breite fraktionsübergreifende Zustimmung. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht die fehlende Finanzierung des Landes kritisch, GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass es bei schwerwiegenden Belastungen auch eine Grenze für die Gemeinde gibt, dies finanzieren zu können. GR Roland Rädle (CDU) verweist ergänzend auf den Kostendeckungsgrad der kritisch zu sehen sei. GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) sieht eine enorme Belastung der Familien und begrüßt, dass die Gemeinde hier aktiv wird. GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grünbe) meint, dass man den Eltern die ihr Kind nicht mehr bringen wollen, ein Sonderkündigungsrecht einräumen sollte. Herr Hauptamtsleiter Kleiner sagt, dass es sich hier um privatrechtliche Verträge handle und man solche Wünsche im laufenden Betrieb nicht einfach realisieren könne.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

- 1) den Verzicht auf die Elternbeiträge für Januar 2021 und anteilig Dezember 2020/Februar 2021 beschließen
- 2) den Erlass der Gebühren für die Schulkinderbetreuung für Januar und anteilig Dezember 2020/Februar 2021 beschließen

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Benutzungsordnung und Entgelte Schulkindbetreuung in Karlsbad für das Jahr 2021/22
Vorlage: 10/1064/2021**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Inhaltlich ändere sich im Grunde nichts, es gehe lediglich um einen Systemwechsel für von einer Satzungsregelung hin zu einer privatrechtlichen Entgeltordnung. Hintergrund hierfür sei, dass es weniger verwaltungsaufwändig sei, mit einer Entgeltordnung als mit einer Satzungsregelung zu arbeiten. Das Entgelt soll sich um 3 Prozent erhöhen, damit würden in etwa die Lohnsteigerungen aufgefangen. Generell gehe es auch darum, das ganze System nach der Coronona-Situation zunächst mal "wieder ins Laufen zu bringen". Der normale Deckungsgrad von 70 Prozent sei 2020 auf 50 Prozent gefallen. Im Jahr 2021 habe man bis jetzt bereits knapp 40.000 Euro an Einnahmeausfall durch die Schließungen.

GR Michael Nowotny (SPD) sagt, dass es sich bei den Ausfällen um einen Einmaleffekt handle und man zuerst wieder in den "Normallauf" kommen müsse. Der Verwaltungszuschlag von 10 Prozent habe "Regelungsfunktion" für die nachfragenden Eltern. GR Günter Denninger (CDU) erkundigt sich nach Beispielen zu den Sachkosten.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge:

1. Die Aufhebung der Gebührensatzung für die Schulkindbetreuung beschließen
2. Die Benutzungsordnung und Entgeltordnung für das Jahr 2021/22 beschließen

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Grundstückseigentümers "Im Stöckmädle 18", Flst.Nr. 5775, Karlsbad-Ittersbach, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Vorlage: 60/1060/2021**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und dann hält Joachim Guthmann Sachvortrag anhand der Vorlage.

Es handle sich um eine besondere Grundstückssituation. Über den geplanten Weg, das Mischgebiet zu erweitern, könnte es dem Antragsteller ermöglicht werden, im Erdgeschoss Gewerberäume und im Obergeschoss Appartements etwa für Auszubildende, Studenten und Monteure einzurichten. Allerdings soll in diesem Bereich nur nicht dauerhaftes Wohnen zugelassen werden. Gewünscht sei, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan (VEP) aufzustellen. Die Verwaltung befürworte, ein Bebauungsplanverfahren, verbunden mit einem Kostenübernahmevertrag durch den Besitzer einzuleiten. Um zu verhindern, dass dauerhaftes Wohnen erfolgt, sollen entsprechende Regelungen im Durchführungsvertrag fixiert werden. Der Vorsitzende betont, dass es wichtig sei, das „nicht dauerhafte Wohnen“ vertraglich genau und konkret zu definieren.

Der Gemeinderat befürwortet das Vorhaben grundsätzlich, diskutiert fraktionsübergreifend gleichzeitig ausführlich über das Problem, wie dauerhaftes Wohnen effektiv verhindert wer-

den kann. U.a. sieht GR Uwe Rohrer (Bündnis 90) das Problem, wie man mit gleich gelagerten Wohnnutzungen in der Umgebung umgeht. Problematisch sei auch das Umwandeln von Gewerbe- in Wohnfläche. Dies sieht auch GR Roland Rädle (CDU) so. GR Peter Kiesinger (CDU) meint, dass es rechtlich schwierig sei, die nicht dauerhafte Wohnnutzung zu definieren. GR Hans Kleiner (Freie Wähler) sieht es nicht als machbar an, dauerhaftes Wohnen verhindern zu können. Die Gemeinde habe ein Prozessrisiko bei der geplanten Regelung. Joachim Guthmann informiert, dass man durchaus rechtliche Möglichkeiten habe, bei Verstößen die „Daumenschrauben anzuziehen“. GR Michael Nowotny sieht es als wichtig an, günstige Wohnungen auf den Markt zu bringen. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt, dass es auch nicht möglich sein sollte, Wohneigentum zu verkaufen. Mehrheitlich sehen die Gemeinderäte in ihren Äußerungen Bedarf, die vorgesehenen vertraglichen Regelungen nochmals rechtlich prüfen und im Gremium erneut beraten zu lassen. Der Vorsitzende sagt dies zu. Da dies im Interesse des Antragstellers geschieht, soll dieser die Kosten hierfür übernehmen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die vorgesehenen Regelungen im Durchführungsvertrag eines beantragten Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Baugesetzbuch auf Kosten des Antragstellers rechtlich prüfen zu lassen. Nach dieser Prüfung soll die Thematik erneut im Gemeinderat beraten und über das Einleiten eines Verfahrens zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplans entschieden werden.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe Ausstattung Feuerweh-
gerätehaus Karlsbad Ittersbach (Zentrale Werkstätten Atem-
schutz/Schlauchwerkstatt)
Vorlage: 10/1063/2021**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und erläutert, dass man während der Haushaltsberatungen und in der davorliegenden Septembersitzung über die zwei Themen beraten habe. Es sei nicht wirtschaftlich, die Arbeiten an Dritte zu verlagern. Erfreulicherweise seien die Feuerwehrangehörigen bereits, sich hier einsatzmäßig und ehrenamtlich einzubringen. Der Gemeinderat signalisiert quer Beet Einverständnis.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- 1) Der Gemeinderat wird gebeten die Ausstattung der Atemschutzwerkstatt gem. den beiliegenden Positionen in Gesamtsumme von 52.998,64 € zu vergeben
- 2) Der Gemeinderat wird gebeten, die Beschaffung und den Aufbau der Schlauchpflegeanlage gem. Aufstellung an die Fa. Bockermann zum Gesamtpreis von 68 906,95 € zu vergeben.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 4. Quartal 2020
Vorlage: 20/1050/2021**

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern für die Geld- und Sachspenden. Diskussionsbedarf besteht nicht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 28.837,25 sowie Sachspenden in Höhe von 2.611,44 € anzunehmen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 9 Genehmigung von Protokollen
30.09.2020/ 21.10.2020/ 18.11.2020/16.12.2020**

Die Gemeinderäte genehmigen mit 25 Jastimmen und 2 Enthaltungen die Protokolle vom 21.10.2020 und 18.11.2020 mit der Maßgabe, dass bei Gemeinderätinnen und Gemeinderäten die entschuldigt waren, dies in den Protokollen nachträglich einzuarbeiten ist. Die Protokolle vom 30.9.2020 und 16.12.2020 werden ebenfalls mit 25 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

GR Günter Denninger (CDU) moniert, dass zu viele Protokolle auf einmal eingereicht werden.

zu 10 Verschiedenes

Joachim Guthmann von der Bauverwaltung informiert, dass das Verfahren zum Suchen eines Endlagers für Atommüll gestartet sei. 54 Prozent der Fläche von Deutschland eigne sich grundsätzlich hierfür. Karlsbad sei nicht direkt als möglicher Standort betroffen. Zunächst sollen die Beteiligungsrounds zur Endlagersuche starten.

Bei dem Bauvorhaben Speicherstraße 5 in Karlsbad-Langensteinbach gehe das Verfahren durch eine Berufung in die nächste Gerichtsebene.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner gibt einen gerafften Überblick zu verschiedenen Themen:

Bezüglich Corona werde die Gemeinde in den nächsten Tagen an die Kindergärten und die Tageseltern 8600 FFP 2 Masken verteilen.

Die Digitalisierung in den Grundschulen schreite voran. Die Medienentwicklungspläne in den Grundschulen Spielberg, Auerbach und Mutschelbach seien in zwei Wochen fertig. In Ittersbach und Langensteinbach könne man schon ausschreiben. Die Medienentwicklungspläne seien zertifiziert. Bei den digitalen Endgeräten für Lehrer reiche die Landesförderung nicht mal für die Hälfte des gemeldeten Bedarfs von 200 Geräten. Ziel sei, bis zur Sommerpause die im ersten Schwung bestellten Geräte zu bekommen. Bei neuen Bestellungen müsse man mit dem Problem von längeren Lieferzeiten umgehen.

Bei den Landtagswahlen habe man momentan 30 Prozent Briefwahanträge und gehe davon aus, dass die Zahl auf 40 Prozent steigen werde. In jedem Ortsteil gebe es jetzt mindestens einen Briefwahlbezirk.

Bei der Ausschreibung des Feuerwehrfahrzeuges LF 10 der Abteilungwehr Ittersbach ist in die Wege geleitet und laufe, die Zuschlagsfrist ist für die erste Juliwoche terminiert.

Die neuen Messanlagen (Blitzer) seien aufgebaut und in Betrieb genommen worden. Demnächst ergänze man an den Bedarfsstellen die Lüfertechnik noch mit Zeitschaltuhren, um störende Geräusche zu unpassenden Zeiten zu vermeiden.

Rechnungsamtleiterin Petra Goldschmidt erläutert, dass die Verwaltung die 2020 erhaltenen Mittel der 3. Tranche Corona-Soforthilfe ins Jahr 2021 übertragen wolle und hierfür die Ermächtigung des Gemeinderates brauche. Diese wird erteilt.

GR Günter Denninger (CDU) weist auf Änderungsbedarf in der Hauptsatzung hin. Seitens der Verwaltung wird der Hinweis aufgenommen und entsprechend geprüft, aber für nicht rechtlich relevant angesehen.

Grin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt, ob die alten Blitzersäulen abgebaut werden sollen. Der Vorsitzende sagt, dass mit den Ortsvorstehern noch besprochen wird, welche evtl. stehen bleiben sollten. Der Abbau müsste dann im Einzelfall in die Wege geleitet werden.

zu 11 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson